

STROMPREISE

Aus für Wasserkraft

Stillstand bei Deutschlands größtem Ökostrom-Projekt: Der geplante Ausbau des 102 Jahre alten Wasserkraftwerks Rheinfelden am Oberrhein von jetzt 25,7 Megawatt auf 119 Megawatt Leistung lässt sich angesichts drastisch gesunkener Strompreise nicht mehr finanzieren. Kalkulierte Erzeugungskosten von rund 16 Pfennig je Kilowattstunde in der 30-jährigen Abschreibungsphase machen den Wasserstrom unverkäuflich. Strom aus Kohle, Gas oder Uran ist auf dem liberalisierten Markt inzwischen für drei bis vier Pfennig zu haben. Der Weimarer Professor Hans-Peter Hack hat die Unwirtschaftlichkeit neuer großer Wasserkraftanlagen belegt. Wenn keine Hilfen gezahlt würden, „droht uns dieses Potenzial wegzubrechen“, folgert Hack. Die Betreiber Rheinfeldens verhandeln inzwischen mit den Behörden über einen mehrjährigen Bauaufschub, um die Betriebskonzession

Kraftwerk Rheinfelden

nicht zu verlieren. So lange gehen alljährlich rund 340 Millionen Kilowattstunden zusätzlichen Wasserstroms verloren. Michael Müller, stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender im Bundestag, nennt den Baustillstand in Rheinfelden „energiepolitischen Blödsinn“.



BÜRGERRECHTLER

Bundesstiftung unter Beschuss

Übler Praktiken wird die vor gut einem Jahr vom Deutschen Bundestag gegründete „Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ von Ex-Bürgerrechtlern bezichtigt. Der renommierte Historiker und Stiftungsreferent Stefan Wolle wirft der Stiftungsführung unter dem SPD-Politiker Markus Meckel in einem Brand-Brief vor, sie gefährde die Aufarbeitungsprojekte, die sie fördern sollte.

Die mit mehreren Millionen Mark aus Steuermitteln ausgestattete Stiftung will ein eigenes Archiv und eine eigene Bibliothek aufbauen – obwohl es beides längst gibt. Mit dem „Finanzhebel“, so Wolle, versuche die Stiftung nun, bestehende unabhängige Archive „zur Übergabe ihrer Archivbestände“ zu zwingen, obwohl diese bereits seit Jahren Material sammeln.

Stiftungsgeschäftsführer Wolfgang Kusior, so Wolle, setze die Hauptsammelstelle von Dokumenten der einstigen DDR-Opposition, das Berliner Robert-Havemann-Archiv, unter Druck, indem er mit dem Entzug der Fördermittel drohe. Das wäre das Aus für diese Einrichtung.

„Die Stiftung verrät uns“, sagt Jörg Drieselmann, ehemaliger SED-Gegner und Geschäftsführer der Gedenkstätte in der einstigen Zentrale des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit in der Berliner Normannenstraße.



Grüner-Punkt-Müll in Pakistan

UMWELT

Grüner Müll in Pakistan

Die dem Dualen System Deutschland gehörende Deutsche Gesellschaft für Kunststoff-Recycling (DKR) bekommt Ärger wegen ihrer Müllexporte nach Pakistan. Insgesamt 14 000 Tonnen „gemischte Kunststoffabfälle“ aus deutschen Haushalten wurden seit 1993 an eine East South Trading im pakistanischen Lahore geliefert. Ein Zwischenhändler im hessischen Bad Soden, die Firma Z. Rana, kassierte dafür „Verwertungszuschüsse“ von mehreren Millionen Mark. Ein Teil der Plaste aus dem gelben Sack wurde tatsächlich in Pakistan zu Recyclingprodukten aufgearbeitet. Mehrere tausend Tonnen Grüner-Punkt-Müll liegen jedoch weiterhin in offenen Lagern herum. Die Staatsanwaltschaft in Lahore ermittelt wegen illegaler Mülllagerung. Der DKR-Partner East South Trading begründet die Müllhalden mit der „schlechten Qualität“ der angelieferten „Wertstoffe“ und fordert einen „finanziellen Zuschuss“ für die Verwertung. Die DKR-Manager wollen dagegen hart bleiben.

SCHEINSELBSTÄNDIGKEIT

Gnade für reuige Sünder

Um eine Welle von Firmenpleiten zu verhindern, hat die rot-grüne Mehrheit im Bundestag eine befristete Amnestie für Arbeitgeber beschlossen, die in der Vergangenheit versicherungspflichtige Arbeitnehmer als so genannte Scheinselbständige beschäftigt haben. Ursprünglich sollten Unternehmer die gesparten Sozialversicherungsbeiträge

für mehrere Jahre nachzahlen müssen. Weil dies aber mittelständische Unternehmen in den Ruin treiben könnte, wurde in das „Gesetz zur Förderung der Selbständigkeit“ ein Amnestiepassus eingefügt: Danach müssen Firmenchefs, die von sich aus bis zum 30. Juni 2000 bei der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte eine Prüfung beantragen, ob in ihrem Unternehmen fälschlich als Selbständige eingestufte Mitarbeiter beschäftigt sind, nicht mit Rückforderungen rechnen.